

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@goa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Juni 2018 Nr. 174

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



**104'902
UNTERSCHRIFTEN!!**

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist eingereicht! Rund vier Monate vor Ablauf der Sammelfrist konnten wir 104'902 gültige Unterschriften der Bundeskanzlei übergeben. Unsere Freude ist riesig und wir laden Sie ein, mit uns auf eine arbeitsreiche Zeit zurückzublicken (S. 6 und 7).

An Ausruhen ist aber nicht zu denken: In der Zwischenzeit hat nämlich der Bundesrat die aktuellen Pläne zum Kauf neuer Kampfjets bekannt gegeben (S. 4 und 5). An der diesjährigen Vollversammlung der GSoA wurde einstimmig beschlossen, den vorgeschlagenen 24-Milliarden-Blankoscheck mit einem Referendum zu bekämpfen (S. 2). Neben diesem Beschluss haben wir auch eine Resolution gegen Auslandseinsätze der Schweizer Armee verabschiedet (S. 11).

Nicht nur mit den Kampfjet-Plänen macht sich der Bundesrat unbeliebt: Im Frühjahr wurde bekannt, dass er die Kriegsmaterialverordnung erneut lockern will, damit Rüstungsgüter schon bald auch in Bürgerkriegsländer exportiert werden können. Alles Wichtige zu den tödlichen Geschäften finden Sie auf den Seiten 8 und 9.

In solchen Zeiten ist es gut zu wissen, dass die Friedensbewegung aktiv ist: Der Ostermarsch in Bern war sehr gut besucht. Und auch die internationale Vernetzung der GSoA wurde gepflegt, dieses Jahr in Frankreich am ENAAT-Treffen (S. 2).

Doch zurück zur Schweiz: Auf S. 10 widmen wir uns der Geheimarmee P-26 – ein weiteres unrühmliches Stück Schweizer Geschichte, welches bis in die Gegenwart Fragen aufwirft. Auch auf S. 11 geht es um Geheimnisse. Jedoch um solche, zu denen es überhaupt keine Ordner gefüllt mit Quellen im Bundesarchiv gibt. Trotzdem glauben viele an sie und ein kurzer Blick in die sozialen Medien macht deutlich: Verschwörungstheorien haben Hochkonjunktur. Ungefährlich ist das nicht.

Bleiben wir also bei den Fakten: Es gibt wieder Wechsel im Seki-Team (S.12). Mit schwerem Herzen lassen wir Eva Krattiger ziehen, dafür freuen wir uns auf eine neue Sekretärin in Zürich und einen neuen Sekretär in Bern.

Gute Lektüre und einen wunderbaren Sommer wünschen
Judith Schmid und das gesamte Redaktionsteam

VOLLVERSAMMLUNG

Referendum gegen Kampfjets beschlossen

Die GSoA-Vollversammlung 2018 stand ganz im Zeichen des nächsten Grossprojektes: Auf den Blankoscheck des Bundesrates für den Kauf von neuen Kampfflugzeugen reagieren wir mit einem Referendum. Von Magdalena Küng

Der Frühling meinte es gut mit dem Wetter am 11. April. Vom strahlenden Sonnenschein bekam man aber im Festsaal des Restaurants Kreuz in Solothurn wenig mit: Die VV der GSoA war ein weiteres Jahr vollgepackt mit Inputs, Vorträgen und Diskussionen rund um Antimilitarismus, Pazifismus und die schweizerische Militärpolitik.

Kein Blankoscheck für VBS-Wunschliste

Im Zentrum der Themen stand der geplante Anschaffungskredit für neue Kampfflugzeuge und ein neues Boden-Luft-Verteidigungssystem. Der Bundesrat hatte im März verkündet, acht Milliarden für diese Wunschliste der Militärlobby und des VBS ausgeben zu wollen. Die Vorlage soll ein referendumsfähiger Planungsbeschluss sein – obwohl das Stimmvolk erst

vor vier Jahren deutlich Nein zu neuen Fliegern gesagt hat. Für die VV war klar, dass bei einem solch undemokratischen Vorgehen unbedingt das Referendum ergriffen werden muss, damit die Stimmenden diesen unverhältnismässigen Ausgaben den Riegel schieben können.

Ebenfalls auf dem Programm der Vollversammlung stand eine Resolution zu Auslandseinsätzen der Schweizer Armee. Obwohl das Thema lange Zeit erledigt schien, werden in diversen politischen Kreisen wieder Rufe nach Schweizer Beteiligung an EU-Armee-Plänen und Auslandseinsätzen laut. Die GSoA widersetzt sich dem vehement. Die Frage nach dem Sinn der Armee darf nicht mit einer Beteiligung an Operationen im Ausland beantwortet werden, denn diese führen zu mehr Konflikten und nicht zu mehr Stabilität. Statt auf die Nato und eine Kriegsbeteiligung soll die Schweiz auch weiterhin auf die UNO und eine zivile Friedenspolitik setzen.

Für die Vollversammlung 2019 werden wir wie gewohnt in der GSoA-Zeitung einladen. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme und interessante Diskussionen!



Mit einer spektakulären Aktion hat die VV das Referendum gegen den Kampfjet-Blanko-Scheck beschlossen. (Bild: GSoA)

ENAAT

Besuch bei Freunden

Das jährliche Treffen europäischer WaffenhandelsgegnerInnen ist ein Ort spannender Diskussionen und der Vernetzung von Kampagnen. Von Adi Feller

Dieses Mal trafen wir uns in der schönen Stadt Lyon, der Heimat des französischen Observatoire des armements, einer kleinen NGO, die sich seit Langem in Frankreich, dem Land der grossen Rüstungsproduzenten, gegen den Waffenhandel einsetzen. Die Treffen sind ein wichtiger Teil der europäischen Vernetzung und immer wieder werden dort auch gemeinsame Kampagnen angedacht. Besonders erfreulich war dieses Jahr die Präsentation einer neuen Homepage und eines neuen Designs. Ein Besuch auf www.enaat.org lohnt sich bestimmt.

Militarisierung der EU

Neben dem Austausch über laufende Kampa-

gnen lag der Fokus auf den Entwicklungen innerhalb der EU. Die Brüsseler Wandelhallen sind ein Tummelplatz für Waffen- und RüstungslobbyistInnen aus vielen Ländern, über die nur eine Übersicht zu bekommen beinahe unmöglich ist. Seit Kurzem gibt es eine Person, die für Enaat diese Aktivitäten beobachtet und gleichzeitig die Vernetzung und Sensibilisierungsarbeit mit kritischen NGOs und ParlamentarierInnen vorantreibt. Die Entwicklungen sind bedenklich: So können VertreterInnen von Rüstungsfirmen in diversen Kommissionen als ExpertInnen auftreten. Unter anderem haben sie beschlossen, dass europäische Forschungsprogramme erstmals auch Geld für militärische Forschung verwenden dürfen, ein Novum in der bisher explizit zivil gehaltenen Forschungsförderung. Und wohl nur ein erster Schritt in die Richtung weiterer Militärausgaben.

OSTERMARSCH

Gerechtes Wirtschaften für den Frieden

(ek) Am 2. April haben rund 1'100 Personen am traditionellen Ostermarsch in Bern teilgenommen. Menschen aus allen Altersgruppen marschierten für ein gerechtes Wirtschaften und damit für die Inhalte der Konzernverantwortungsinitiative. Diese verlangt, dass Konzerne ihre Produktionsketten auf die Verletzung von Menschenrechten und Umweltschadensstandards prüfen und wenn nötig Anpassungen vornehmen.

In diesem Jahr konnten wir bei der Schlusskundgebung auf dem Münsterplatz gleich drei RednerInnen begrüssen: Jacqueline Keune und Stephan Tschirren unterstrichen in ihren Voten, wieso sich gerade die Kirchen für diese Initiative engagieren. Danièle Gosteli illus-

trierte wiederum die heutigen Bedingungen und deren Zusammenhang mit Konflikten. Zum Ostermarsch gehört aber nicht nur der politische Protest, sondern auch das Zusammentreffen langjähriger FriedensaktivistInnen, die bei Speis und Trank aus dem Jura und fröhlicher Musik von Olgas Bagasch das Wiedersehen genossen haben.

2018 war bereits der 16. Berner Ostermarsch in Folge. Die steigenden TeilnehmerInnenzahlen zeigen, dass es auch heute noch ein grosses Bedürfnis gibt, gemeinsam für Frieden einzustehen und auch die jüngeren Generationen dieses Zusammentreffen am Ostermarsch geniessen. Herzlichen Dank an alle Teilnehmenden und Mithelfenden für den schönen Marsch!



Der Friedensmarsch am Ostermontag war sehr gut besucht. (Bild: Klaus Petrus)

BILDUNG

Save the Date: Die Schweiz zwischen Konfliktlösung und Kriegstreiberei

(mk) Wissensvermittlung, Vernetzen, Weiterdenken: Die GSoA lädt ein zu einem Workshop-Tag am 1. September, an dem diverse widersprüchliche Aspekte der Rolle der Schweiz als Mediatorin und Hüterin der Genfer Verträge einerseits und gewinnorientierter Marktwirtschaft andererseits beleuchtet werden. Insgesamt sechs Workshops werden angeboten. Drei davon (Kampfjets, Militarisierung der Grenze und Schweizer Rüstungsexporte mit Blick auf das Kriegsmaterialgesetz) untersuchen die Problematiken der Schweizer Politik in Bezug

auf Konflikte und Kriege. Die anderen drei setzen bei individuellen und nationalen Lösungsansätzen (pazifistische Satire, gewaltfreier Widerstand und Instrumente der Konfliktlösung) an. Der Anlass «Die Schweiz zwischen Konfliktlösung und Kriegstreiberei» findet in Bern statt. Die Workshops werden auf Deutsch gehalten werden. Die Teilnahme ist kostenlos. Weitere Infos werden in Kürze auf www.gsoa.ch aufgeschaltet. Alle interessierten Personen – egal ob aktiv bei der GSoA dabei oder nicht – sind herzlich eingeladen! Wir freuen uns auf Sie!

Dienstpflicht

Zivildienst für alle? Nein!

Der Zivildienst wurde ursprünglich eingeführt als Ersatzdienst für Dienstpflichtige, die den Militärdienst nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten. Heute geht seine Bedeutung für die Gesellschaft aber deutlich weiter. Trotzdem sollte er nicht zu einem für alle obligatorischen sozialen Einsatz ausgebaut werden.

Von Eva Krattiger

1992 hat die Schweizer Stimmbevölkerung der Einführung des Zivildienstes an der Urne zugestimmt. Seither entscheiden sich immer mehr junge Männer für den Zivildienst anstelle des Militärdienstes. Der Zivildienst ermöglicht ihnen eine spannende Alternative, die Einblicke in vorher unbekannte Tätigkeitsbereiche

schafft und vielleicht sogar zum Überdenken der bisherigen Berufswahl führt. Doch die Angriffe auf den Ersatzdienst nehmen wieder zu. Im Rahmen der Diskussion zum Dienstpflichtsystem oder auch nur auf den Zivildienst bezogen, wurde zuletzt diskutiert, ob der Zivildienst auch für Frauen geöffnet oder gar für alle obligatorisch werden soll. Diese Bestrebungen führen jedoch in die falsche Richtung.

Der Zivildienst ist (und bleibt) ein Ersatzdienst

In dieser Diskussion darf nicht vergessen gehen, dass der Zivildienst nicht als Wert an sich eingeführt wurde, sondern als Ersatzdienst und auch heute insbesondere in Militärkreisen (wenn überhaupt) nur diese Daseinsberechtigung hat. Wird also darüber diskutiert, dass dieser Dienst auf Frauen ausgeweitet und für alle obligatorisch sein soll, so bleibt die Frage offen, was in dem Fall mit dem Militärdienst geschieht. Soll auch der auf alle Geschlechter ausgeweitet und obligatorisch werden? Oder wäre für Frauen der Zivildienst die Norm und der Militärdienst der Ersatz? Gerade aus linken Kreisen ist eine Forderung nach einer allgemeinen Zivildienstpflicht aus Perspektive des «Dienstes an der Gesellschaft» deshalb gefährlich.

Billige Zivis statt Fachpersonal

Der Zweck des Zivildienstes wird im Zivildienstgesetz, Artikel 1 definiert: «Der Zivildienst kommt dort zum Einsatz, wo Ressourcen für die Erfüllung wichtiger Aufgaben der Gemeinschaft fehlen oder nicht ausreichen.» 2016 leisteten die Zivis über 50% aller Dienstage im Gesundheits- und Sozialbereich. Gleichzeitig haben verschiedene Kantone in diesen Bereichen Sparpakete verabschiedet. Zivis kommen also vor allem dort zum Einsatz, wo benötigte Ressourcen nicht gesprochen bzw. gekürzt werden. Für einen Einsatzbetrieb ist ein Zivi billiger als eine Praktikantin oder eine ausgebildete Fachperson, denn der Zivi wird von der Erwerbersatzordnung (EO) bezahlt. Doch gerade im Gesundheits- und Sozialbereich hat das Konsequenzen für die Menschen, wenn für ihre Betreuung und Pflege vermehrt auf Zivis gesetzt wird, die nicht über die nötige fachliche Ausbildung verfügen.

Auch aus einer feministischen Sicht sind diese Einsätze problematisch. Zum einen kann es den jungen Männern einen guten Einblick in die Pflege- und Betreuungsarbeit geben und eventuell sogar den einen oder anderen ermuntern, eine Ausbildung in diesem Bereich zu beginnen. Was durchaus wünschenswert ist. Zum anderen beträgt der Erwerbersatz eines Zivis 80% seines zuvor erzielten Einkommens und maximal 196.– pro Tag. Dies ergibt einen Monatslohn von max. 4'260 Franken und bewegt sich damit im Rahmen des Lohnes von ausgebildeten Fachpersonen (mehrfach Fachfrauen) Betreuung oder Gesundheit. Somit erhalten ungebildete Männer im Bereich dieser klassischen Frauenberufe für eine unprofessionelle Arbeit (da sie nicht für diese Arbeit ausgebildet sind) einen ähnlich bis gleich hohen Lohn wie die Fachfrauen bzw. Fachmänner. Dieser Missstand zeigt, dass das heutige System in Frage gestellt werden muss. Das Ziel sollte jedoch nicht sein, möglichst viele Menschen in den Zivildienst zu locken und diese Kosten des Gesundheits- und Sozialsystems über die EO zu finanzieren. Viel wichtiger wäre es, die nötigen Fachpersonen auszubilden und angemessen zu entlohnen.



Dienstpflicht

Free the Zivi

Den Zivildienst nur abhängig von der Armee denken zu

können, ist Ausdruck der starken Naturalisierung, die der Gedanke des Militärdienstes in unserer Gesellschaft erlebt.

Von Magdalena Küng

Ursprünglich war er einzig als Alternative für Dienstpflichtige geplant, die aus moralischen Überlegungen nicht in die Armee einrücken wollten. Heute nimmt der Zivildienst eine weit aus wichtigere Rolle ein, als die eines simplen Ersatzes für ein überholtes Pflichtsystem.

1'786'385 Dienstage wurden 2017 von Zivis geleistet. 1'786'385 Tage, in denen Schulen, Altersheime oder Landwirtschaftsbetriebe durch den Einsatz der Zivildienstleistenden nicht nur entlastet, sondern auch bereichert wurden.

Dass der Zivildienst für die jungen Männer eine Horizonterweiterung und wertvolle Arbeitserfahrung darstellt, ist eine Tatsache. Gerade dieser Punkt wird von bürgerlicher Seite als Missstand gesehen, da Zivildienstleistende im Gegensatz zu Soldaten zu viel Positives erleben würden. Die anderthalbmal so lange Dienstdauer ignorieren sie dabei jeweils gekonnt. Die Frage, ob und wie der Zivildienst unabhängig vom Militärdienst gedacht und weiterentwickelt werden kann, wird aber auch auf der anderen Seite des politischen Spektrums immer wieder diskutiert. Hauptstreitpunkt dabei ist die Freiwilligkeit.

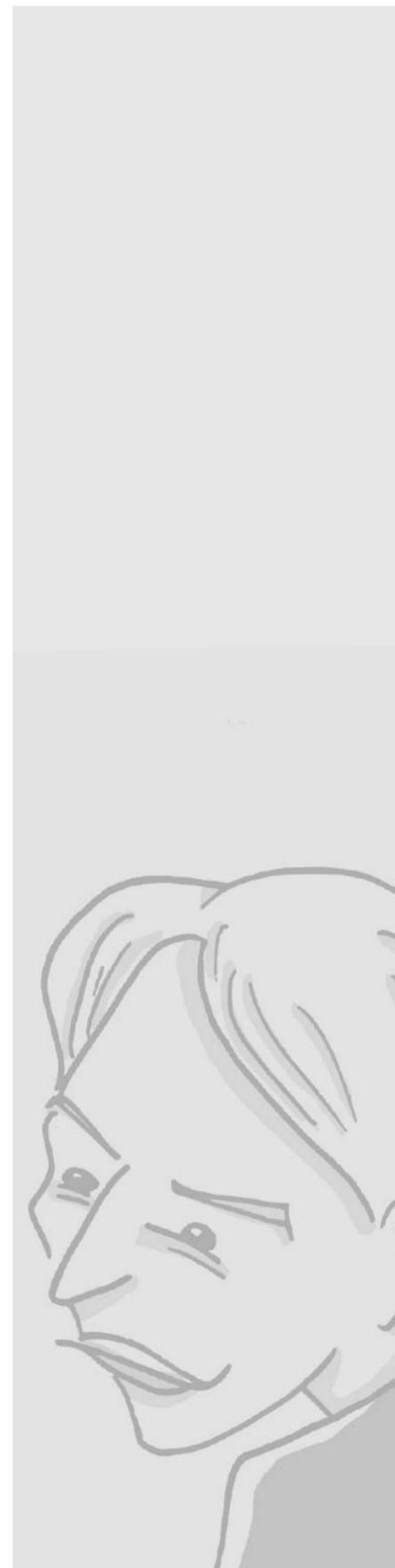
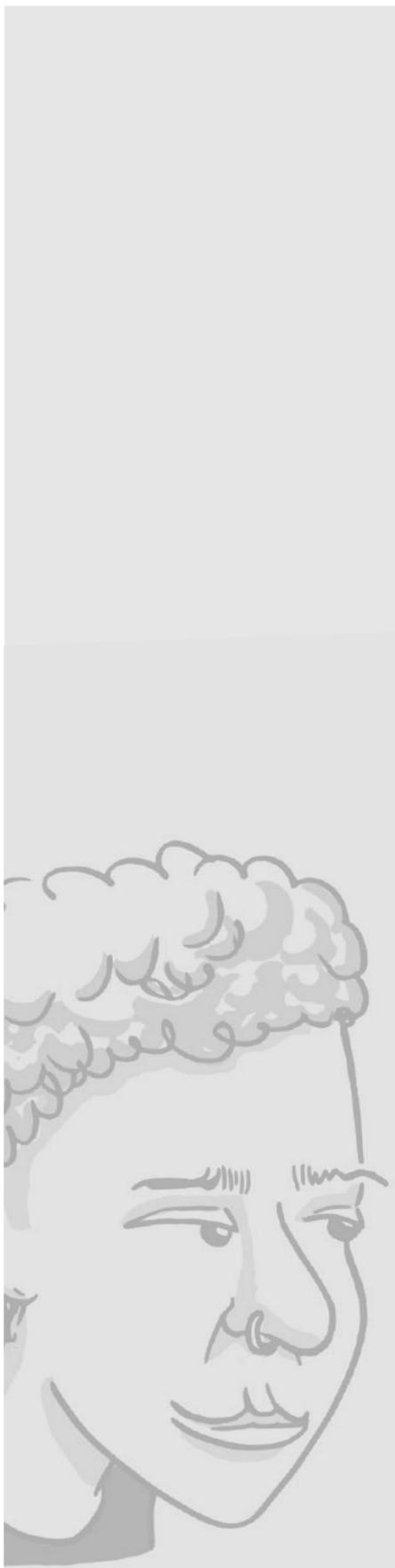
Wieder einen neuen Titel schaffen?

Der Zivildienst beinhaltet klassischerweise Tätigkeiten, die mit wenig technischer Ausbildung geleistet und praktisch ausschliesslich in assistierender Funktion ausgeführt werden können. Würde man diese Tätigkeiten in das schweizerische Bildungssystem integrieren, müsste ein neuer Abschluss geschaffen werden – eine Art Anlehre in wenigen Wochen – der sich deutlich unter der Qualität der Berufslehre befinden würde. Und er würde folglich schlechter entlohnt werden. Angenommen, man würde eine Art Sozialzeit auf freiwilliger Basis anbieten, würden zumindest sicherlich die SchulabgängerInnen nur als absolute Notlösung den Zivildienst antreten, da sie unter grossem Druck stehen, möglichst schnell eine gute Grundlage für ihre berufliche Karriere zu legen. Der heutige Personalbedarf könnte kaum gedeckt werden.

Empathie ist lernbar

Es gibt aber weitere Gründe, weshalb die Linke bei dem Wort «obligatorischer Zivildienst» nicht gleich reihenweise in Ohnmacht fallen müsste. Empathie ist eben doch lernbar und nicht einfach angeboren. Die eingangs erwähnte Horizonterweiterung meint nicht nur, dass es einem KV-Lehrling gut tut, mal etwas anderes als den Bürotisch vor sich zu sehen. Der Austausch und das Zusammenarbeiten mit Personen aus anderen Branchen, Lebensbereichen, (Sprach-)Regionen steigert das gegenseitige Verständnis – genau wie beim Militär, mit dem Unterschied, dass die geleistete Arbeit sinnvoll ist und sich nicht mit Panzern und Schnellfeuerwaffen dekorieren muss, um wahrgenommen zu werden. Wir sind so stark gebrandmarkt durch die Unsinnigkeit des Militärzwangs, dass wir die Vorteile einer zivilen Dienstpflicht kaum mehr wahrnehmen können. Eine Dispensierung aus legitimen Gründen ist ja auch bei einem obligatorischen Zivildienst immer noch vorstellbar, genauso wie es eine Anpassung des Lohnsystems wäre, um nicht in eine Billigarbeitsfalle zu tappen.

Und: Weshalb nur ein Obligatorium für junge Leute? Kann man die Freiwilligkeit nicht an einem anderen biografischen Moment einsetzen lassen und auch ältere Personen zulassen? Die Veränderungen im Arbeitsmarkt werden je länger desto mehr Stellen obsolet machen. Weshalb vor dem immer noch stigmatisierten Gang zum RAV und dem Sozialamt nicht etwas Bereicherndes tun, für das man sich nicht zuerst umschulen lassen muss? Und wer weiss, vielleicht würde sich unsere Gesellschaft endlich wieder daran erinnern, dass auch Arbeiten, für die man keinen hohen Titel braucht, extrem wertvoll, bedingungslos respektabel und fair zu entlohnen sind. Free the Zivi, unabhängig vom Militärdienst, aber obligatorisch für alle!



BESCHAFFUNGSPLÄNE

Warum nicht 24 Milliarden für neue Kampfjets ausgeben?

Vor nicht einmal vier Jahren hat das Schweizer Stimmvolk das letzte Mal über den Kauf von Kampfflugzeugen abgestimmt. Bei der Gripen-Beschaffung ging es um 22 Flieger. Die Vorlage wurde an den Urnen mit 53,8% versenkt. Trotz dieser deutlichen Weigerung, für die Luftwaffe mehr als drei Milliarden ausgeben zu wollen, legte der Bundesrat im März eine neue Vorlage auf den Tisch. Von Muriel Waeger

Diesmal geht es nicht nur um neue Kampfjets. Ein neues Bodenluftverteidigungssystem steht ebenfalls auf dem Einkaufszettel. Nach Ueli Maurer versucht jetzt also Bundesrat Guy Parmelin sein Glück.

Im Vergleich zu 2014 wird die Summe für die geplanten Anschaffung mehr als doppelt so gross sein, über die Anzahl oder den Typ der Flieger soll aber erst in einem zweiten Schritt und hinter geschlossenen Türen entschieden werden: Der Bundesrat will so lange mit der Detailplanung warten, bis der Blankocheck von acht Milliarden vom Stimmvolk bewilligt ist. Läuft alles nach Plan, wird der Bundesrat erst in zwei Jahren, also nach einem allfälligen Referendum zum Beschaffungskredit, über die Typenfrage entscheiden.

Endlose Spekulationen

Obwohl die Bedrohungslage für die Schweiz dieselbe ist wie vor vier Jahren, spekulieren

gewisse Kreise auf über 40 neue Kampfjets – doppelt so viele wie bei der Gripen-Beschaffung. Der irrational hohe Beschaffungskredit deutet zudem darauf hin, dass die gewünschten Flugzeuge absolute Luxusflieger sein werden. Anstelle eines einfachen, den Ansprüchen vollständig genügenden Jets will der Bundesrat einen unnötigen Ferrari kaufen, der die Steuerzahlenden bis ans Ende der Einsatzzeit bis zu 24 Milliarden Franken kosten kann. Mit dem Einkaufspreis der Kampfjets ist es leider noch nicht getan. In den Beschaffungskredit fällt auch ein neues Bodenluftverteidigungssystem, über das auch bereits viel spekuliert wird. Es handelt sich dabei um ein System zur Überwachung des Luftraumes, inklusive Raketen «grösserer Reichweite». Solche Raketen hat die Schweiz seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr im Arsenal gehabt. Aber wenn man schon über das grösste Militärbeschaffungsprojekt der Schweizer Geschichte abstimmen lässt, warum denn nicht einige Exoten reinpacken?

Die Ironie der Situation wird aber erst ersichtlich, wenn man die Aussagen des Bundesrates mit dem letzten sicherheitspolitischen Bericht vergleicht. Der Bundesrat redet von einer essentiellen Anschaffung für die Sicherheit der Schweiz, die der Bedrohungslage angemessen sei. Dies notabene ein Jahr nachdem im Bericht von einer sehr kleinen Angriffswahrscheinlichkeit gegen die Schweiz ausgegangen wird.

Das gegenwertige weltweite Wettrüsten macht auf Guy Parmelin offenbar grossen Eindruck. Er scheint zu vergessen, dass die Schweiz im Vergleich zu anderen Staaten bereits überausgerüstet ist. 12 Flieger wären absolut ausreichend, um die notwendigen luftpolizeilichen Dienste abzudecken. Zudem ist die Lebensdauer der aktuellen Flotte noch längst nicht ausgeschöpft: Bis 2035 könnten die F/A-18 problemlos weiterfliegen. Die Vorschläge einiger ParlamentarierInnen, kostensparend vorzugehen und bereits bestehende Flieger technisch aufzurüsten oder auf unnötige Fähigkeiten wie das Bombardieren zu verzichten, wurden aber allesamt in den Wind geschlagen.

Was bedeutet ein neues Nein?

Eine erneute Ablehnung an der Urne wäre katastrophal für Guy Parmelin und das VBS. Dies ist einer der Gründe, weshalb er überhaupt ein demokratiepolitisches so fragwürdiges Vorgehen wie diesen Blankoscheck gewählt hat. Der Bundesrat traut sich nicht mehr, dem Stimmvolk eine ehrliche und transparente Vorlage zu unterbreiten, welche klar aufzeigt, wie und wo das Geld investiert werden soll, sondern versucht die Debatte über Angstmacherei zu beeinflussen. Ein Nein zum Beschaffungskredit von acht Milliarden wäre gemäss Parmelin der Todesstoss für die Armee. Doch so einfach ist es leider nicht.



Aus «Die Unschlachtbaren» von H. U. Steger, © 1989 by Limmat Verlag

PLANUNG

Kommt es zum Referendum, ist die GSoA bereit!

Die Vollversammlung der GSoA hat am 15. April 2018 einstimmig entschieden, ein allfälliges Referendum gegen neue Kampfjets zu ergreifen. Der Bundesrat hatte im März angekündigt, einen Beschaffungskredit für neue Flieger und ein neues Bodenluftverteidigungssystem (Bodluf) an die Urnen bringen zu wollen. Von Youniss Mussa

Die Vorgehensweise des Bundesrates entspricht aber ganz und gar nicht den demokratischen Grundzügen der Schweiz. Anstelle eines klaren und transparenten Beschaffungsplans wird ein Blankocheck von acht Milliarden Franken vorgeschlagen – ohne dass bereits Details zu der Typen- oder Anzahlfrage oder zu der Kostenaufteilung zwischen Jets und Bodluf bekannt wären. Dieser Beschaffungskredit aber soll dem fakultativen Referendum unterliegen. Dieses skandalöse Vorgehen ist ein Versuch, das Stimmvolk in jene zu spalten,

welche klar gegen jede neue unnötige Beschaffung sind, und jene, die je nach ausgewähltem Fliegertyp mehr oder weniger enttäuscht wären. Folgt das Parlament den Plänen des Bundesrates wird die GSoA über ein Referendum den Stimmenden die Möglichkeit bieten, fünf oder sechs Jahre nach dem Gripen noch einmal ihren Unwillen zu bekräftigen, für unnötige Luxusbeschaffungen horrenden Summen zu bezahlen. Und darüber hinaus ein Zeichen zu setzen gegen die in die Höhe schnellenden Militärausgaben, die für die Gesellschaft keinerlei Nutzen darstellen.

Referendum für mehr Antimilitarismus

Indem er ein Referendum erlaubt (eine Vorgehensweise, für die Guy Parmelin sicherlich gerne beglückwünscht würde), hofft der Bundesrat auch darauf, die antimilitaristischen und pazifistischen Kräfte zu ermüden. Die GSoA hält dagegen und wird mit einem breit abge-

stützten Bündnis dafür sorgen, dass dieser Blankoscheck nicht am Volk vorbeigeschmuggelt wird. Denn jeder Franken, der für dieses überbeuerte und unsinnige Projekt ausgegeben wird, wird an einem anderen Ort fehlen.

Stopp der Verschwendung von öffentlichen Geldern

Aber nicht nur die fehlgeleitete Investition ist der GSoA ein Dorn im Auge. Auch sonst ist dieses Geschäft demokratiepolitisch absolut fragwürdig. Weder über die genaue Kostenaufteilung zwischen Bodluf und Kampfjets, noch über deren Typ oder Anzahl wird das Stimmvolk informiert. Der Bundesrat will sich zuerst den Blankoscheck sichern, um dann hinter geschlossenen Türen über die Details beraten zu können. Mit den veranschlagten acht Milliarden wird Parmelin genügend Ressourcen haben, um die Wünsche seiner Partei und der Armee- und Waffenlobby erfüllen zu können.

Für die GSoA bleibt aber klar, dass man die aktuellen Bedrohungen der Schweiz nicht mit Kampfjets bekämpfen kann. Weder gegen terroristische Aktivitäten, noch gegen den Klimawandel oder die steigende soziale Ungleichheit werden diese Neuanschaffungen etwas ausrichten können. Die Neutralität der Schweiz und ihre friedenspolitischen Leistungen sind immer noch die beste Verteidigung gegen aussen. Die Armee verkommt je länger desto mehr zu einem Kostenmoloch, dessen Sinnkrise auch nicht mit 40 Superjets aufgelöst werden kann. Die acht Milliarden, die der Bundesrat für die neuen Systeme haben will, machen zudem noch keine Aussagen zu den Lebenskosten der Flieger. Rechnet man diese ein, so kommt man schnell auf 24 Milliarden, die in Bildung, Gesundheit oder Kultur fehlen werden. Deshalb lassen wir das letzte Wort nicht den Militärköpfen und nehmen den Kampf auf gegen den Blankoscheck des VBS!

TYPENWAHL

Die Qual der Wahl

Die Verschiebung des Typenentscheides für den neuen Kampfjet auf nach der Referendumsabstimmung offenbart die Angst der Landesregierung vor dem Volkstentscheid. Von Adi Feller

Der taktische Entscheid von Guy Parmelin, gelobt von Medien wie Armeebefürwortern: Die Typenwahl soll erst nach dem Urnengang über den Blankoscheck für die Kampfjetmilliarden erfolgen. Dennoch drängen die Anbieter bereits aus ihren Löchern und machen Werbung für ihre Jets. Armeeweitschriften sind bereits voller Werbung, und bei jeder möglichen Gelegenheit lassen die Anbieter ihre Jets herumfliegen. Die Auswahl aus fünf Typen soll gemäss Parmelin den «Experten» aus dem VBS und der armasuisse überlassen werden. Wenn die Militaristen entscheiden dürfen, dann sieht die Sache klar aus. Bereits hat sich Divisionär Bölsterli per Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift dazu geäussert: Er hätte gerne den F-35 von Lockheed Martin aus den USA. Das einzige Flugzeug der sogenannten 5. Generation im Angebot, das Beste vom Besten, den Ferrari. Dass das Flugzeug immer teurer wird (bei geschätzten Gesamtkosten von 1,5 Billionen Dollar sind bereits Budgetüberschreitungen von über 160 Milliarden Dollar aufgetreten),

immer noch an Dutzenden von Kinderkrankheiten leidet und selbst gemäss den amerikanischen Behörden oft mehr in der Werkstatt als in der Luft zu sehen ist, scheint nicht zu interessieren. Denn die Armee will immer nur das Beste (und Teuerste). Ob das Flugzeug für seine einzige Aufgabe (die Luftpolizei) etwas taugt, ist egal. Jegliches andere Szenario ist an den Haaren herbeigezogen, denn wer die Schweiz aus der Luft angreifen möchte, muss entweder zuerst ungehindert hunderte von Kilometern Nato-Luftraum durchqueren oder aber die Angreifer wären die Nato-Staaten selber. Dass Luftpolizei auch anders geht, beweist Irland: Das Land – ohne Nato-Mitglied zu sein – gewährleistet die Sicherheit in seinem Luftraum mit bewaffneten Pilatus-Flugzeugen aus Schweizer Produktion. Die Existenz dieses Landes hat wegen fehlender Kampfjets auch noch niemand in Frage gestellt, ganz anders als die Szenarien, welche die Militaristen in der Schweiz an den Himmel malen.

Alte Kämpfer

Daneben tauchen in der Anbieterliste auch wieder die alten Bekannten aus der Gripen-Evaluation auf. Der Saab Gripen E, auch vier Jahre später noch nicht wirklich serienreif, obwohl gemäss Versprechen der schwedischen

Rüstungsschmiede vor der Gripen-Abstimmung die Schweiz zu diesem Zeitpunkt bereits eine erste Tranche Flugzeuge hätte erhalten sollen. Die anderen Typen sind um ein paar Jahre gealtert, aber kosten immer noch teures Geld. Um die eigenen Kosten zu senken, verkaufen Rafale und Eurofighter um des Geldes willen ihre Flugzeuge jedem Diktator von Saudi-Arabien bis Ägypten. Ob sie damit im Jemen weiter bombardieren, spielt offenbar keine Rolle. Und die Hersteller machen dann damit sogar noch Werbung, dass die Flugzeuge kriegserprobt seien. Auch Einsätze der Franzosen und Engländer in Syrien und davor Libyen dienen diesem Zweck. Auch der zweite Amerikaner unter den Anbietern, Boeing mit seinem F/A-18 E Super Hornet verweist gerne auf die Kriegsfähigkeit seines Angebots. Sogar für Schweden war dies damals ein Grund ihre alten

Gripen über Libyen Bomben abwerfen zu lassen. Der Krieg als Verkaufsargument – da lohnt sich für den Kunden der bewusste Einkaufsverzicht.

Unterdessen tauchen in Militärzeitschriften Ideen bis hin zum Kauf alter Occasions-Kampfjets vom Typ F/A-18 aus Finnland oder Kanada auf. Wer ernsthaft in Sorge um die Sicherheit der Schweiz ist, lasse die Milliarden lieber dafür arbeiten, um Krankenkassenprämien, Altersvorsorge und Mieten zu vergünstigen. Auch in zehn Jahren lassen sich noch günstige Flugzeuge erwerben, die die Anforderungen für eine Luftpolizei problemlos erfüllen – für alle Kriegsfantasien sei daran erinnert, dass Kampfjets keinen militärischen Nutzen in der Defensive haben. Oder möchten gewisse Herren auch bald in der Weltgeschichte herum bombardieren?

Für Divisionär Bölsterli ist nur das Beste gut genug: Er möchte den Ferrari unter den Kampfjets – den F-35.



KOMPENSATIONSGESCHÄFTE

Bewusste Verschleuderung von Steuergeldern

«Kompensationsgeschäfte sind wichtig für den Wirtschaftsstandort Schweiz». Mit diesem Argument werden die KampfjetbefürworterInnen auch bei der kommenden Kampfjetbeschaffung argumentieren. Tatsache ist: Von Kompensationsgeschäften profitieren wenige, die allermeisten bezahlen dafür. Von Martin Parpan

Eines dürfte heute schon klar sein: Wenn es zu einer Volksabstimmung über die geplante Kampfjetbeschaffung kommt, wird es unter anderem um die Kosten gehen. Mehrere Milliarden für Kampfjets in Zeiten zu investieren, in denen SozialhilfebezügerInnen die Leistungen gekürzt werden, Krankenkassenprämien stetig steigen und die Menschen sich Gedanken machen, ob ihre Altersvorsorge gesichert ist, wirft Fragen auf. Der Bundesrat ist sich dessen sehr bewusst. In diesem Zusammenhang ist auch zu erklären, weshalb er die Bevölkerung nur über einen sogenannten Planungsbeschluss abstimmen lassen will. Der Planungsbeschluss enthält weder die exakten Kosten noch Typus, Fähig-

keiten oder Anzahl der Jets. Somit wird der Bundesrat weniger auf konkrete Fragen zu einem konkreten Geschäft eingehen müssen und kann mehr auf der abstrakten Ebene nach dem Motto «wollen wir unser Land verteidigen oder nicht?» argumentieren. Trotz diesem demokratierechtlich fragwürdigen Vorgehen werden sich die KampfjetbefürworterInnen der Kostendiskussion nicht gänzlich entziehen können. Ein Argument, welches die Bürgerlichen nutzen werden, um der Bevölkerung weis zu machen, dass Kampfjets nicht nur für unsere Sicherheit notwendig seien, sondern der Wirtschaft einen Schub verleihen würden, sind die Kompensationsgeschäfte – oft auch Offset-Geschäfte genannt. Wenn Kampfjets beschafft werden, soll der ausländische Hersteller verpflichtet werden, die Vertragssumme zu 100 Prozent durch Kompensationsgeschäfte bei der schweizerischen Industrie auszugleichen. Damit soll die hiesige Wirtschaft für den Milliardendeal gewonnen werden und dem Rüstungsdeal der Mantel vom «Arbeitsplatzgenerator» umgehängt werden. Die Wahrheit in Bezug auf

Kompensationsgeschäfte sieht allerdings anders aus. Bereits im Jahr 2008 hat die eidgenössische Finanzkontrolle in einer Studie über die Beschäftigungswirksamkeit von Gegengeschäften bei Rüstungsgeschäften nachgewiesen, dass nur gerade 40 Prozent der Kaufsumme zurück in die Schweizer Industrie fliessen und Kompensationsgeschäfte die versprochene Wirkung mitnichten entfalten.

Darf es ein bisschen mehr sein?

Schlimmer noch: Die Herstellerfirmen können höhere Preise verlangen, sobald die Geschäfte an Gegengeschäfte mit den Käuferländern gekoppelt sind. Pilatus-Chef Oskar Schwenk spricht von 15 bis 20 Prozent höheren Kosten durch Offset. Bezahlt wird dieser Aufpreis von den SteuerzahlerInnen. Erstaunlich ist, dass diese Fakten alle längst bekannt sind. Selbst bei der sogenannten «Begleitgruppe für neue Kampfflugzeuge», welche den Bundesrat bei der Kampfjetbeschaffung berät und mehrheitlich aus bürgerlichen Politikern und VBS-Behörden zusammengesetzt ist, scheinen diese Ma-

chenschaften für Nervosität zu sorgen. Das Gremium empfiehlt deshalb, dass bei Kompensationsgeschäften für grösstmögliche Transparenz gesorgt werden müsse. Gleichzeitig will die Mehrheit allerdings darauf verzichten, von den Anbietern jeweils zwei Offerten einzuholen (eine mit und eine ohne Kompensationsgeschäfte), um eine Entscheidung für oder gegen Kompensationsverpflichtungen treffen zu können. Das heisst nichts anderes, als dass wesentlich mehr bezahlt wird als notwendig wäre und damit ganz bewusst Steuergelder verschleudert werden. Und trotzdem: auch bei der kommenden Kampfjetbeschaffung werden die KampfjetbefürworterInnen ihre Köder wieder auswerfen und gebetsmühlenartig wiederholen, wie wichtig dieses Geschäft für den Wirtschaftsstandort Schweiz sei. Unsere Aufgabe ist es, mit Fakten das Gegenteil zu beweisen und die Deals als das zu enttarnen, was sie sind: Ein wettbewerbsverzerrendes Konstrukt, bei welchem sich ein paar wenige bereichern und ganz viele dafür bezahlen. Du gehörst mit grosser Wahrscheinlichkeit auch zu denen, die bezahlen.

KRIEGSGESCHÄFTE

Einreichung der Kriegsgeschäfte-Initiative

Zusammen mit den Jungen Grünen und weiteren Partnerorganisationen haben wir es geschafft, 104'902 gültige Unterschriften für die Kriegsgeschäfte-Initiative zu sammeln. Nach etwas mehr als einem Jahr konnten wir die Unterschriften am 21. Juni bei der Bundeskanzlei in Bern einreichen.

Von Lewin Lempert

Eines ist klar: Mit der Kriegsgeschäfte-Initiative haben wir den Nerv der Bevölkerung getroffen. Seit der spektakulären Lancierungsaktion, als Louise Schneider die weisse Bauwand vor der Nationalbank ansprach, haben unzählige Sammelaktionen auf der Strasse und auch viele Medienberichte über die Initiative gezeigt, dass die Menschen nicht verstehen können, warum ihr Geld in Rüstungskonzerne investiert wird. Während der Sammelphase konnten wir zudem bereits etliche realpolitische Erfolge feiern: Mehrere Pensionskassen, wie zum Beispiel die Pensionskassen der Stadt Luzern und der Stadt Basel oder auch die Publica als Pensionskasse des Bundes, haben ihre Anlagereglemente im Bereich der Kriegsmaterialinvestitionen verschärft. Dank dem permanenten Druck auf der Strasse konnte die Initiative

also schon vor der Einreichung erste Erfolge verbuchen. Über 120'000 Unterschriften wurden im letzten Jahr gesammelt, um die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten zu unterbinden. Hunderte AktivistInnen von der GSoA, den Jungen Grünen und anderen Organisationen standen dafür auf der Strasse. Diese Unterschriften haben wir nun bei der Bundeskanzlei eingereicht, damit die Initiative

formell als gültig erklärt werden kann. Am 21. Juni trafen wir uns deshalb in Bern und haben am früheren Nachmittag die Unterschriften mit einer spannenden Aktion eingereicht und gegen Abend ein kleines Fest organisiert. Es war ein wunderschöner Anlass mit vielen freiwilligen Unterschriftensammlern und -sammlerinnen. Herzlichen Dank!



Von VV-Entscheid...



...und Louises Aktion zur Lancierung...

KRIEGSGESCHÄFTE

Erfolgreich gegen Kriegsgeschäfte

Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist fertig gesammelt. Zeit, um auf die Sammelphase und die bisherigen Erfolge zurückzublicken. Seit der Lancierung der Initiative hat sich bereits einiges getan.

Von Michael Christen

Noch nie begann eine Sammelphase der GSoA mit einem derartigen Paukenschlag. Am Morgen des 11. April 2017 sprachte Louise Schneider mit roter Farbe «Geld für Waffen tötet» an eine Baustellenwand vor der Schweizerischen Nationalbank SNB. Die Botschaft mit den Bildern ging um die Welt und die Kriegsgeschäfte-Initiative war schon von Beginn weg in aller Munde. Seither ist viel passiert. Nach unzähligen Sammelaktionen in der ganzen Schweiz, abwechslungsweise Schweissperlen oder kalten Händen bei den SammlerInnen und dem enormen Einsatz aller Bündnisorganisationen konnte das Initiativbegehren bereits während der Sammelphase einige Erfolge verbuchen.

Erste Ausschlusslisten

Der Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen (SVVK-ASIR) ist ein Zusammenschluss von grossen Pensionskassen der Schweiz. Gründungsmitglieder sind beispielsweise die Publica (die Pensionskasse des Bundes), die Pensionskassen der Post und der SBB. Dieser Verein hat eine Ausschlussliste erstellt mit 15 Unternehmen, die geächtetes Kriegsmaterial wie Kernwaffen,

Streumunition oder Antipersonenminen herstellen. Aus Sicht der GSoA ist dieser Zusammenschluss begrüßenswert und ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn auch klar festzuhalten ist, dass diese Ausschlussliste noch nicht weit genug geht. Die Pensionskasse der Stadt Zürich beispielsweise verfügt schon seit längerem über eine eigene Ausschlussliste mit 62 Unternehmen, die in der Rüstungsindustrie tätig sind. In verschiedenen Kantonen wurden Vorstösse in den jeweiligen Parlamenten eingereicht, die mittlerweile grösstenteils beantwortet sind.

Im Kanton Baselland hat die Basellandschaftliche Pensionskasse 15 Rüstungsfirmen von ihrem Anlageportfolio ausgeschlossen. Zudem wird ein Beitritt in den SVVK-ASIR geprüft. Die Pensionskasse Basel-Stadt hat nachgezogen und schliesst nun ebenfalls 15 Rüstungsfirmen aus. Die Pensionskasse der Stadt Winterthur prüft ebenfalls eine Mitgliedschaft beim SVVK-ASIR.

Im Kanton Bern hat sich ebenfalls etwas getan. Die Pensionskasse der Stadt Biel hat gemäss eigener Aussage alle Kriegsmaterialproduzenten aus ihrem Anlageuniversum ausgeschlossen. Die Pensionskasse des Kantons Bern hat ebenfalls einige Waffenfirmen ausgeschlossen. Einzig in der Stadt Bern haben sich noch keine Verbesserungen abgezeichnet. Ein Vorstoss im Stadtparlament ist derzeit hängig.

In der Stadt Luzern wurde von der GSoA, der JUSO, den Jungen Grünen und weiteren Parteien und Organisationen eine kommunale Initiative «Für ein Verbot von

Luzerner Kriegsgeschäften» gesammelt und eingereicht. Nach langem hin und her der Exekutive und drei Rechtsgutachten – eines verfasst im Auftrag der GSoA – passte die Anlagekommission der Pensionskasse ihr Anlagereglement selbstständig an und stiess Investitionen in Atomwaffenproduzenten ab. Die Initiative haben wir daraufhin zurückgezogen.

«Ein Trend, ausgelöst von der GSoA»

Diese Anlageentscheide sind grundsätzlich positiv zu werten. Die Zeitung «Der Bund» spricht bereits von einem «Trend, der wohl durch die Kriegsgeschäfte-Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee ausgelöst wurde.» Es ist aber klar, dass noch viel zu tun bleibt. Die Schweizerische Nationalbank SNB investiert weiterhin ungebremst in Waffenfirmen. Dies, obwohl die GSoA eine Aufsichtsanzeige gegen derartige Investitionen einreichte. Auch sind die Pensionskassen, welche Ausschlusskriterien kennen, nach wie vor in der Minderheit.

Ein Jahr später, wiederum am Morgen des 11. April, stand Louise Schneider erneut auf dem Bundesplatz, umringt von einer Schar JournalistInnen. Dieses Mal hielt sie ein Transparent in den Händen mit der Aufschrift «Mütter, Grossmütter, Urgrossmütter schreit es laut – Brot statt Waffen für alle Kinder!» Dies bereits verbunden mit der Ankündigung für die Nachfolgeaktion im nächsten Jahr, wenn sich die Situation in der Welt nicht verbessert. Solange es nötig ist.

DON'T BANK ON THE BOMB

Atomwaffenfans bei UBS und Credit Suisse

Im März präsentierte die Organisation PAX den diesjährigen «Don't Bank on the Bomb»-Bericht. Während die Zahl der Institutionen, die in Atomwaffen investieren, erfreulicherweise abnimmt, steigt aber leider der Totalbetrag, der dabei investiert wird.
Von Julien Repond

Die seit 2013 jährlich veröffentlichte Studie untersucht die Finanzierung von Atomwaffenproduzenten und unterstützt damit den Atomwaffensperrvertrag (NVV), der im Juli 2017 von 122 der 191 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen angenommen wurde – darunter auch der Schweiz. Auf der Grundlage verschiedener Quellen beleuchtet der Bericht die Investitionen von Finanzinstituten in zwanzig Unternehmen, die an der Produktion von Komponenten für die Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind. Dazu gehören unter anderem Boeing, Airbus, Honeywell International sowie insbesondere auch der weltweit grösste Rüstungskonzern Lockheed Martin. Die 392 untersuchten Finanzinstitute – darunter die zwei Schweizer Banken UBS und Credit Suisse – werden je nach Anlagepolitik in drei Kategorien eingeteilt: «glorreich», «kann es besser machen» und «beschämend».

«Die Glorreichen»

Zweiundzwanzig Institutionen gelten als «gute Schüler», weil sie eine Politik umgesetzt haben, die eine finanzielle Beteiligung an der Herstellung von Atomwaffen verhindert. Diese Institutionen erfüllen eindeutig alle Bestimmungen des NVV. Die meisten von ihnen befinden sich in Europa. Dazu gehören die italienische Banca Etica, die britische Co-operative Bank oder wichtige dänische und schwedische Pensionskassen.

«Kann es besser machen»

Der Bericht listet 41 Institutionen auf, die «es besser machen können». Diese haben zwar Massnahmen ergriffen, um Unternehmen, die an der Herstellung von Kernwaffen beteiligt sind, von ihren Investitionen auszuschliessen, aber nicht jede Art von finanzieller Beteiligung verhindert. Während eine Minderheit von elf Institutionen auf dem Weg ist, «glorreich» zu werden, hat die Mehrheit von ihnen immer noch Richtlinien, die die Investition beträchtlicher Geldsummen in diese Produktionen erlauben. So zum Beispiel die Credit Suisse, die nur mit Mühe einen Platz in dieser Kategorie erhalten hat. Kein Wunder, denn die Bank investiert 784 Millionen Dollar in sechs der 20 Atomwaffenproduzenten.

«Die Beschämenden»

Schliesslich investieren eine grosse Mehrheit von 329 Banken, Versicherungen oder Pensionskassen (gegenüber 359 im Jahr 2016) signifikant in diese Unternehmen. Die zehn grössten Finanzinstitute haben den 20 im Bericht genannten Produzenten von Atomwaffen mehr als 253 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt, also fast die Hälfte der Gesamtinvestitionen (525 Milliarden Dollar

zwischen Januar 2014 und Oktober 2017). Diese zehn Investoren haben ihren Sitz in den Vereinigten Staaten (darunter Blackrock, Capital Group, Vanguard). Die grössten Finanzinstitute auf europäischer Seite sind die französischen Banken BNP Paribas und Credit Agricole sowie die britische Bank Barclays mit Investitionen von rund 24 Milliarden Dollar. Leider fehlt auch die UBS nicht: Sie investiert mehr als vier Milliarden Dollar in elf der 20 untersuchten Unternehmen – besonders zu erwähnen sind Investitionen von je fast einer Milliarde in Honeywell International und Lockheed Martin.

Obwohl das nicht wirklich überraschend ist, ist es trotzdem schockierend, diese Zahlen schwarz auf weiss zu sehen. Immerhin können die Schweizer Stimmberechtigten in einigen Jahren über die Kriegsgeschäfte-Initiative abstimmen. Diese Initiative richtet sich zwar in erster Linie gegen Investitionen der Nationalbank, Pensionskassen und Stiftungen, fordert aber auch, dass sich der Bund national und international für die Schaffung ähnlicher Bedingungen für Banken und Versicherungen einsetzt. In der Zwischenzeit hält die GSoA ein waches Auge auf die Geschäfte von UBS und Credit Suisse.



...über sammeln, sammeln, sammeln...



...zur Einreichung! (Alle Bilder: GSoA)

EINREICHUNG

Von 100'000 gültigen Unterschriften zum Abstimmungssonntag

Kistenweise Unterschriften haben wir nun der Bundeskanzlei übergeben. Doch was passiert jetzt damit? Wie eine eingereichte Initiative schliesslich zur Abstimmung kommt: Eine kleine Übersicht.
Von Judith Schmid

Nun haben wir uns also getrennt von den zahlreichen Unterschriftenbögen. Bis vor kurzem haben wir diese in Zürich gehortet wie einen wertvollen Schatz. Jetzt sind sie in der Bundeskanzlei und werden überprüft. Es ist gut möglich, dass die Kanzlei noch die eine oder andere Gesamtbescheinigung für ungültig erklären wird, weil eine formelle Vorgabe beim Beglaubigen von Seite Gemeinden

nicht erfüllt wurde. Falls das bei der Kriegsgeschäfte-Initiative auch der Fall sein wird, ist dies nicht weiter tragisch, wir haben 4902 Unterschriften spatzig. Der nächste Schritt nach der Einreichung ist, dass die Initiative für gültig erklärt wird. Danach ist der Bundesrat am Zug: Er hat ein Jahr Zeit, um eine Botschaft zum Initiativanliegen zu verfassen, welche er dem Parlament vorlegt. Falls er einen Gegenvorschlag vorsieht, kann er die Frist um weitere sechs Monate verlängern. Sobald die bundesrätliche Botschaft in die Kammern gelangt ist, haben diese wiederum Zeit, um diese zu beraten. Die Frist liegt bei zweieinhalb Jahren ab Einreichung, kann aber durch einen direkten (alternativer Verfassungs-

textentwurf) oder indirekten Gegenvorschlag (Gesetzesvorlage) um bis zu zwei weitere Jahre verlängert werden. Sobald aber die Empfehlung der beiden Kammern definitiv ist, beschliesst der Bundesrat, wann über die Initiative abgestimmt wird. Der letztmögliche Termin hierfür ist zehn Monate nach der Schlussabstimmung in den beiden Parlamentskammern. Welchen Lauf die Initiative nehmen wird, ist noch nicht absehbar. Sie werden aber sicher erst zu Beginn der 20er-Jahre ein grosses, schönes Ja auf den Stimmzettel schreiben können. Bis dahin werden wir Sie aber über jeden Schritt auf dem Laufenden halten – per Website, Facebook, Newsletter und natürlich in der GSoA-Zitig.

EXPORTSTATISTIK

Für Profite über Leichen

Die Exporte von Kriegsmaterial aus der Schweiz gehen ungehindert weiter, egal was das Schweizer Gesetz sagt.

Von Adi Feller

Im ersten Quartal 2018 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial für knapp 80 Millionen Franken. Wieder einmal fällt auf, dass trotz eindeutiger gesetzlicher Grundlage Exporte in Staaten weitergehen, die nicht beliefert werden dürften. Wie rund 70 RechtsprofessorInnen bereits 2008 in einem Kommentar zur neuen Kriegsmaterialverordnung geschrieben, darf die Schweiz unter anderem kein Kriegsmaterial an Länder liefern, die in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind. Doch das Seco legt diese Gesetze extrem industriefreundlich aus. Fliegerabwehrsysteme nach Pakistan? Kein Problem, dann sind das einfach defensive Waffen (ein Begriff, den es im Gesetz nicht gibt), damit sie doch exportiert werden können. Exporte an in Jemen kriegführende Staaten wie Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate? Ähm, die verwenden unser

Kriegsmaterial dort vermutlich nicht. Irgendwie findet sich immer eine Begründung, wieso der Export möglich ist. Und auch diverse Nato-Staaten werden problemlos beliefert – trotz Luftangriffen in Syrien ohne jegliche völkerrechtliche Grundlage und Kriegseinsätzen in Afghanistan.

Giftgaskomponenten für Syrien

Wie blind das Seco teilweise ist, zeigt ein trauriges Beispiel: 17'000 Franken für 5000 Kilogramm einer Chemikalie, die zur Produktion von Sarin-Gas verwendet werden kann. Der Export der Substanz erfolgte, nachdem die internationalen Chemiewaffenkontrolleure in Syrien die staatlichen Bestände derselben vernichtet hatten. Das Seco stützte sich darauf, dass die belieferte Firma nicht auf der Sanktionsliste war und keine besondere Beziehung zum Assad-Regime gehabt hätte (was sich nachträglich als falsch herausstellte). Ist die Behörde schlicht unterdotiert und überfordert oder einfach zu industriegläubig? Das Seco wirkt jedenfalls eher als eine Exportförderungsbehörde, als ein Kontrollorgan.



AktivistInnen vor dem Bundeshaus gegen die geplante Lockerung der Kriegsmaterialverordnung (Bild: GSoA)

RUAG

Schweizer Munition für Brasilien

In Brasilien werden pro Stunde sieben Menschen ermordet – die meisten von ihnen durch Schusswaffen. Ausgerechnet in diesem Land will die RUAG-Tochter Ammotec nun eine Munitionsfirma bauen.

Von Judith Schmid

Vier Kugeln haben die 38-jährige Marielle Franco, Stadträtin in Rio de Janeiro, im März gezielt zum Schweigen gebracht. Ihre Kritik galt der zunehmenden Polizeigewalt und dem Einsatz der Armee in den Favelas. Ihre Ermordung erschütterte das Land. Mit Grosskundgebungen solidarisiert sich die brasilianische Bevölkerung mit der Lokalpolitikerin und protestiert gegen die unvergleichliche Gewalt-

spirale, die das Land seit Jahren in Atem hält. Alleine im letzten Jahr wurden in Brasilien 61'000 Menschen ermordet. In den meisten Fällen mit Schusswaffen. Bei einigen Morden stammte die Munition aus Beständen der Behörden, so auch bei Marielle. Laut dem Minister für öffentliche Sicherheit wurden wegen solcher Entwendungen während der letzten 13 Jahre über 50 Ermittlungsverfahren eröffnet.

Korruption

Offensichtlich läuft einiges aus dem Ruder im südamerikanischen Grossstaat. Immer mehr Korruptionsskandale bis in die höchsten Ränge der Behörden und der Politik werden bekannt. Gewalt wird mit Gewalt bekämpft. Anstatt das

Waffengesetz zu verschärfen, wird mit Vorstössen im Parlament die Legalisierung des Besitzes sowie des freien Tragens von Waffen gefordert. Ausgerechnet in Brasilien will die RUAG jetzt eine Fabrik bauen – notabene dieselbe RUAG, die selbst gerade mit Korruptionsskandalen in Russland, Ungarn und den USA zu kämpfen hat. In Brasilien will sie Kleinkalibermunition produzieren. Hauptkunden sollen Militär und Behörden sein. Jene Behörden, die sich ihre Munitionsbestände klauen lassen oder weiterverkaufen und die in Rios Favelas mit selbsternannten Milizen kooperieren. Jene Militärpolizei, die Marielle Franco wenige Tage vor ihrem Tod für die Hinrichtung von drei Menschen angeklagt hatte. Die Frage liegt auf der Hand: Was genau will die RUAG in Brasilien, ausser skrupellos Profit aus dieser Situation zu schlagen?

VERORDNUNGSÄNDERUNG

Keine Waffenexporte in Bürgerkriegsländer!

Die Waffenlobby und der Bundesrat wollen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer erlauben. Dazu soll die Kriegsmaterialverordnung weiter gelockert werden. Was bisher geschah. Von Michael Christen

«Auslandsgeschäfte [...] werden nicht bewilligt, wenn das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist oder das Bestimmungsland Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt, [...]» So steht es in Artikel 5 der Kriegsmaterialverordnung. Diese Bestimmung wurde im Jahr 2008 eingefügt mit der Absicht, der damaligen «Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» der GSoA den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Dass dies bloss Propaganda für den Abstimmungskampf war, wurde schnell klar. In der Bewilligungspraxis von Bundesrat und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) änderte

sich nämlich nichts. Kriegsmaterial wurde und wird nach wie vor in Länder geliefert, die in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind. Exemplarisch dazu die Aussage von einem Mitarbeitenden der Seco-Abteilung Rüstungskontrolle an der Jungsessions 2016: «Exportgesuche in Länder, in denen ein interner Konflikt herrscht, lehnen wir ab.» Dass internationale Konflikte von der Regelung ebenfalls betroffen wären, wurde konsequent stillgeschwiegen.

Powerplay der Rüstungslobby

Kürzlich wurde bekannt, dass Bundesrat und bürgerliche ParlamentarierInnen noch einen Schritt weitergehen wollen. 13 Rüstungsunternehmen haben im November 2017 der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats (SIK-S) einen Brief geschrieben, wonach sie Waffen legal in Länder exportieren wollen, in denen Bürgerkrieg herrscht. Die Waffenlobby

im Ständerat ist dieser Bitte ohne grosse Diskussion nachgekommen. Auch der zuständige Bundesrat Johann Schneider-Ammann erbarmte sich den Händlern des Todes und beantragte dem Gesamtbundesrat eine Verordnungsänderung. Dieser hat die Lockerung unterdessen beschlossen.

Dagegen regt sich Widerstand. 28 Organisationen haben sich unter Federführung der GSoA zusammengeschlossen, um diese Verordnungsänderung zu bekämpfen. Als ersten Schritt haben wir einen offenen Brief an den Bundesrat und die SIK-S verfasst. Neben der GSoA sind auch Alliance Sud, die Gesellschaft für bedrohte Völker, Helvetas, Public Eye und die Demokratischen Jurist_innen Schweiz mit dabei, um nur einige zu nennen. In diesem Brief fordern wir die AdressatInnen auf, sich auf die humanitäre Tradition der Schweiz zu besinnen und keine Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu erlauben.

Konfliktursachen

Gemäss UNHCR sind täglich 28'300 Menschen gezwungen, ihr Zuhause wegen Krieg und Verfolgung zu verlassen. Der Export von Kriegsmaterial in Kriegsgebiete trägt sicher nicht dazu bei, dass sich die Lage dort beruhigt oder eine zivile Konfliktlösung gesucht wird. Stattdessen werden bewaffnete Konflikte zusätzlich angeheizt und noch mehr Leute gezwungen, den gefährlichen Weg der Flucht auf sich zu nehmen. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen haben wir ausserdem eine Aktion auf dem Bundesplatz durchgeführt. Zeitgleich kritisierten im Nationalratssaal sechs Parlamentarierinnen aus sechs Parteien – SP, Grüne, GLP, BDP, CVP und SVP – das Vorhaben der Rüstungsindustrie und des Bundesrats im Rahmen der Fragestunde.

In der Zwischenzeit erhielten wir einen Brief von Bundesrat Johann Schneider-Ammann persönlich. Er antwortete auf den oben erwähnten offenen Brief. In typischer Schneider-Ammann-Manier steht viel Text mit wenig Inhalt. Wir bleiben dran.

WAFFENEXPORTE

Die Schweiz tötet im Nahen Osten

2014 wurden Handgranaten aus der Schweiz bei einem Anschlag des Daesh in der Türkei eingesetzt, 2015 dann Panzer der Mowag im Jemen-Krieg und zuvor bereits 2011 in Bahrain, als die Proteste der demokratischen Opposition blutig niedergeschlagen wurde: Die Schweiz befeuert durch ihre Waffenexporte kontinuierlich Kriege und undemokratische Regime im Nahen Osten. Von Julien Repond

Seit März 2011 starben im syrischen Bürgerkrieg über eine halben Million Menschen und Millionen mussten ins Exil flüchten. Dasselbe gilt für den Jemen, wo durch die Intervention einer von Saudi-Arabien geführten Koalition Zehntausende Menschen ihr Leben verloren. Wir können auch die Türkei erwähnen und ihren Krieg im syrischen Kurdistan und natürlich Israels gewaltsame Besatzung in Palästina. Neben Krieg im engeren Sinne, wurden verschiedene Proteste der Bevölkerung in der gesamten Region unterdrückt und niedergeschlagen.

Diese katastrophale humanitäre Situation sollte die Schweiz, der Neutralität verpflichtet und Depositarstaat der Genfer Konventionen, eigentlich dazu bewegen, ihre Kriegsmaterialexporte in die kriegführenden und konfliktgeladenen Gebiete einzustellen. Doch die Realität sieht anders aus: Die Hauptakteure der oben genannten Konflikte kaufen sich regelmässig Kriegsmaterial aus der Schweiz.

Bern im Jemen-Krieg

Der Fall Jemen ist beispielhaft. Zwischen 2015 und 2018 exportierte die Schweiz für 22,8 Millionen Franken Kriegsmaterial nach Saudi-Arabien. Hinzu kommen Exporte von «besonderen militärischen Gütern», zum Beispiel von militärischen Trainingsflugzeugen vom Typ Pilatus PC-21 für mehrere hundert Millionen

Franken. Die NGO Control Arms hat die Schweiz wegen diesen Lieferungen an das an mehreren Fronten Krieg führende Land beschuldigt, gegen den 2015 ratifizierten Waffenhandelsvertrag (ATT) zu verstossen. Der Bund rechtfertigt die Exporte damit, dass es sich um Reparaturen gehandelt habe, die Teil der Herstellergarantie gewesen seien. Die Schweiz müsse ein verlässlicher Partner bleiben. Es ist nicht das erste Mal, dass der Bund sich nicht an die gegebenen Verpflichtungen gehalten hat. Im Mai 2015 verhängte er zwar ein Moratorium für Exporte in diese Länder, setzte dieses aber bereits im April 2016 wieder aus.

So exportiert die Schweiz Kriegsmaterial nicht nur nach Saudi-Arabien, sondern auch in mehrere andere Staaten, die an der von Riad geführten Koalition beteiligt sind. Dies gilt insbesondere für die Vereinigten Arabischen Emirate, an welche die Schweiz zwischen 2015 und 2018 für rund 15 Millionen Franken Kriegsmaterial verkauft hat. Die bundeseigene RUAG gründete dort 2016 sogar eine Tochtergesellschaft, um ihre Aktivitäten im Nahen Osten noch weiter auszubauen.

Zum Vergleich: Im Gegensatz zur Schweiz gehen solche Rüstungsexporte einigen anderen Staaten, die sich notabene die Neutralität nicht aufs Banner schreiben, deutlich zu weit. So hat zum Beispiel Deutschland Anfang 2018 jegliche Exporte an die Kriegscoalition von Saudi-Arabien eingestellt.

Waffenexporte stoppen!

Die Exporte von Schweizer Kriegsmaterial sind durch das Kriegsmaterialgesetz (KMG) und die Kriegsmaterialverordnung (KMV) geregelt. Auf Druck der starken Rüstungslobby wurde diese Verordnung in den letzten Jahren mehrfach gelockert. Diese Erosion der Exportkontrolle macht schliesslich die wenigen Zugeständnisse zunichte, die der Bundesrat im Jahr

2009 gemacht hat, nur um die Erfolgchancen der GSoA-Initiative für ein totales Waffenexportverbot zu schmälern.

Seit 2014 ist es wieder möglich Kriegsmaterial in Länder zu exportieren, in denen schwerwiegend und systematisch die Menschenrechte verletzt werden. Das zwingende Ausschlusskriterium für Exporte in Länder mit internen oder internationalen Konflikten wurde übrigens nie angewandt. Zu nennen sind hier zum Beispiel Exporte in die USA (86 Millionen zwischen 2015 und 2018), die massiv in verschiedenen Regionen der Welt militärisch eingreifen.

Und es wird noch schlimmer: Anfang Jahr kündigte der Bundesrat an, dass er bereit sei, einen

nächsten Schritt Richtung weitere Lockerung zu machen: Kriegsmaterial solle künftig auch in Bürgerkriegsländer exportiert werden können (siehe Artikel Seite 8).

Der Gipfel der Heuchelei

Während die Schweiz ungehindert Waffen in den Nahen Osten exportiert, führt sie eine weniger grosszügige Politik, wenn es darum geht, Menschen willkommen zu heissen, die von den Konflikten zur Flucht gezwungen werden – Konflikte, von denen die Schweiz letztendlich profitiert. Im Einklang mit ihrer militärischen Logik steht die Schweizer Armee an die Grenzen, um MigrantInnen aufzuhalten.

Wann endlich werden Menschenleben mehr Gewicht haben als das Portemonnaie der Rüstungsfirmen unseres schönen neutralen Landes? Die GSoA wird den Kampf weiterführen.



GSoA-Aktion in Bern zu den Jahreszahlen der Kriegsmaterialexporte 2017 (Bild: GSoA)

KRIEGSMATERIALFINANZIERUNG

Frieden stiften oder Krieg ermöglichen?

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind gegen ihren Willen über ihre Pensionskassen an Kriegsgeschäften beteiligt. An Alternativen mangelt es jedoch nicht.

Von Silvio Krauss
(Oikokredit deutsche Schweiz)

Investitionen hiesiger Finanzinstitutionen in Waffenproduzenten folgen oft einer eindimensionalen Anlageselektion nach ausschliesslich profitorientierten Kriterien. Sie gefährden damit die nachhaltige Entwicklung in vielen Teilen der Welt und auch das Engagement der neutralen Schweiz im Ausland. Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten sind nicht nötig für den Erfolg von Finanzakteuren, weder in der Schweiz noch international. Was die Initiative zum Verbot von Kriegsgeschäften verlangt, wird von verschiedenen Finanzinstitutionen bereits umgesetzt.

Pioniere einer nachhaltigen Finanzwirtschaft, wie Oikokredit, beweisen seit vielen Jahrzehn-

ten, dass Anlagevermögen zur Finanzierung einer positiven Entwicklung genutzt werden können. Die Nachfrage von Privatpersonen und Institutionen ist in den letzten Jahren angestiegen.

Verantwortung übernehmen

Pensionskassen sind ihren angeschlossenen Unternehmen und ihren Versicherten verpflichtet. Je mehr dieser KundInnen kritisch nachfragen, was mit ihren Geldern passiert, desto mehr bewegt sich. Seit Anfang der Unterschriftensammlung für die Initiative haben bereits einige grosse Pensionskassen auf den Druck ihrer KundInnen oder von kommunalen Initiativen reagiert und ihre Ausschlusskriterien für die Investitionen in Waffen verschärft.

Die Verantwortung für das eigene oder anvertraute Vermögen verlangt eine Entscheidung: welche «Rendite» hat Priorität, die finanzielle, die soziale oder die ökologische? Nachhaltig orientierte AnlegerInnen setzen den sozialen und ökologischen Nutzen vor die finanzielle

Dividende, ohne aber auf Letztere zu verzichten. Konsequente Friedenspolitik heisst auch, auf unethische Investments zu verzichten und sich nicht mit dem Unwissen über die eigenen indirekten Investitionen zufrieden zu geben. Es ist Zeit, zu überprüfen, was deine Bank,

deine Pensionskasse, dein Verein etc. mit dem Geld macht, das du ihm anvertraust.

Investiertes Geld hat eine Wirkung. Wir sind überzeugt: statt Kriege zu finanzieren, soll es Nutzen stiften. Jeder kann Frieden schaffen. Täglich. Auch mit seinem Sparguthaben.

Pionier seit 1975: Oikokredit International

56'000 Privatpersonen und Institutionen, welche mittels einer sozial-ethischen Geldanlage bei Oikokredit International investieren, stellen sicher, dass ihr Vermögen nicht bloss eine finanzielle Rendite erwirtschaftet, sondern die bestmögliche soziale und ökologische Wirkung entfaltet. Seit über 40 Jahren finanziert die sozial orientierte Investmentgenossenschaft Oikokredit International Mikrofinanzinstitute, Fair-Trade-Kooperativen und soziale KMU in über 70 Entwicklungsländern.

GEHEIMARMEE P-26

Verweigerer statt Veteranen rehabilitieren!

Die Schweiz leistete sich eine Geheimarmee und steckte gleichzeitig über 10'000 Dienstverweigerer ins Gefängnis.

Von Josef Lang

Die Geheimarmee P-26 entstand 1981 als Nachfolgerin des «Spezialdienstes» in der «Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr» (UNA). Dessen Chef war Oberst Albert Bachmann gewesen, ein ehemaliger Stalinist. Dieser hatte das Zivilverteidigungsbuch (ZVB) verfasst, das der Bundesrat 1969 in einer Auflage von 2,6 Millionen in alle Haushaltungen verteilen liess. Das Machwerk, das auf alle Andersdenkenden zielte, wurde vom Tessiner CVP-Organ «Giornale del Popolo» als «typisch faschistische Konstruktion» bezeichnet. Damit meinte es die Tatsache, dass DissidentInnen, insbesondere ArmeekritikerInnen, als LandesverräterInnen dargestellt wurden. Wer die P-26 korrekt einschätzen will, muss vom ZVB ausgehen. Auch weil der Autor des Zivilverteidigungsbuches und der geistige Vater der Geheimarmee dieselbe Person sind, die mit ihrer totalitären Denkart nie gebrochen hat.

Fehlende Kontrolle, fehlender Respekt

Die Existenz einer Geheimarmee wurde im Februar 1990 aufgedeckt – als Folge der Fichenaﬀäre. Die darauf eingesetzte Parlamentarische Untersuchungskommission für das Militärdepartement (heute das VBS, PUK EMD) unter Leitung des Appenzeller CVP-Ständerats Carlo Schmid kritisierte insbesondere die fehlende demokratische Kontrolle: «Eine geheime, mit Waffen und Sprengstoffen ausgerüstete Organisation stellt (...) an sich eine potentielle Gefahr für die verfassungsmässige Ordnung dar, wenn sie von den verfassungsmässigen politischen Behörden nicht auch faktisch beherrscht wird.» (PUK-Bericht, S. 199)

Wie respektlos die Führung von Armee und P-26 gegenüber dem Bundesrat, dem Parlament und der Öffentlichkeit waren, zeigten sie ein paar Tage vor der Nationalratsdebatte über den PUK-Bericht im Dezember 1990. Die vier Chefs des vorherigen und des aktuellen Generalstabs, der ehemaligen UNA und der P-26 traten an einer Pressekonferenz (PK) auf, in der der PUK-Bericht als «inquisitorisch» verurteilt wurde. Damit verletzten die Generäle das demokratische Primat der Politik. Ein paar

Tage später kam zusätzlich aus, dass der PK-Organisator Hans-Rudolf Strasser, doppelter Informationschef des VBS und des Generalstabs, mit dem Decknamen «Franz» dem Führungsstab der P-26 angehörte. Alle PK-Teilnehmer hatten die Medien, die Öffentlichkeit, das Parlament und den Bundesrat belogen. Der richtiggehend vorgeführte EMD-Chef Kaspar Villiger entliess den Geheimarmisten umgehend.

«Umsturz durch Unterwanderung»

Am meisten Aufsehen erregte das vierte Geheimscenario der P-26, das unter dem Titel «Umsturz» auf denselben inneren Feind zielte wie das ZVB. Die PUK EMD schrieb darüber: «Mit dem «Umsturz durch Unterwanderung» wird eine Einsatzmöglichkeit definiert, die unter demokratischen Gesichtspunkten nicht annehmbar ist. Dieses Szenario schliesst nicht aus, dass die Organisation auch bei einem in demokratischen Formen zustande gekommenen Machtwechsel eingesetzt werden könnte.» Laut PUK und Bundesrat könne es aber in einer Demokratie «nicht Aufgabe der Führung einer Widerstandsorganisation sein, zu beurteilen, ob ein politischer Machtwechsel auf Unterwanderung beruht (...) oder das Ergebnis einer freien (...) Meinungsbildung der Mehrheit darstellt.» (PUK-Bericht, S. 192)

Der Bericht der PUK-EMD enthüllte auch, dass der Hauptpartner der P-26, der britische Geheimdienst MI6, über die schweizerische Geheimarmee mehr wusste als der Bundesrat. Nicht zuletzt, weil Anfang 90er-Jahre auskam, dass Stay-Behind-Organisationen der Nato – so zum Beispiel die italienische Gladio – an Terroranschlägen beteiligt gewesen waren, gab der Bundesrat eine weitere Untersuchung in Auftrag. Allerdings wurde dieser sogenannte «Cornu-Bericht» über die Beziehung der P-26 zu anderen Geheimdiensten erst am 24. April 2018 und nur teilweise veröffentlicht. Er bestätigt, dass die Zusammenarbeit mit der MI6 und vor allem die Beteiligung am Übermittlungnetz der Nato, die Einbettung in dieselbe bedeutete. Die P-26 war nicht nur demokratie-, sondern auch neutralitätswidrig.

Gefährliche Zellen

Die privaten, medialen, militärischen und universitären P-26-Rehabilitierer bringen zwei Kritik-

punkte aufs Tapet, die ein Körnchen Wahrheit enthalten. Allerdings machen diese alles nur schlimmer.

Eine Beschwichtigung lautet, die P-26 sei gar keine «operative Einheit» gewesen, die so leicht hätte putschen können. Die zellenartige Struktur machte sie aber nur noch gefährlicher. In seiner im Mai 1988 veröffentlichten Botschaft gegen die GSoA-Initiative zur Abschaffung der Armee schrieb der Bundesrat: «Die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine Armee.» Es ist nicht unwahrscheinlich, dass bei einem Ja im November 1989 nicht mindestens ein Teil der 80 bewaffneten Kleingruppen gegen die «Abschaffung und die AbschafferInnen der Schweiz» in Aktion getreten wären.

Weiter hat die Kritik etwas für sich, die PUK habe den historischen Zusammenhang der P-26 zu wenig berücksichtigt. Rechtlich war die Geheimarmee ein Fremdkörper, aber geistig-politisch war sie es nicht. Sie war die Speerspitze jener intolerant-hysterischen Kalten-Kriegs-Schweiz, die allein zwischen 1970 und 1990 mehr als 10'000 junge Kriegsdienstverweigerer ins Gefängnis gesteckt hat. Die P-26 war Ausdruck der wirkungsmächtigsten Verschwörungstheorie, welche die Schweiz je verblendet hat. Sie entledigt sich dieser Vergangenheit nicht, indem sie die (strafrechtlich nie belangten) P-26-Veteranen, sondern indem sie die Militär-Verweigerer rehabilitiert.



Geheimes Waffenarsenal der P-26.

GESCHICHTSFÄLSCHUNG

Dokfilm im Schweizer Fernsehen will P-26 rehabilitieren

Mit einer einseitigen Teilrekonstruktion der Geschehnisse, unterlegt mit Kommentaren, die den Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission über die Ereignisse im Eidgenössischen Militärdepartement (PUK-EMD) frontal angreifen, beteiligt sich die SRG an der Rehabilitationskampagne für eine der gravierendsten antidemokratischen Tendenzen, die die Schweiz je gesehen hat. Der Widerstand dagegen ist unerlässlich.

Von Tobia Schnebli

Wie bereits Radio Télévision Suisse (RTS) strahlte auch SRF am 21. März die Dokumentation von Temps Présent (TP) mit dem Titel «Die Schweizer Geheimarmee P-26» aus. Der Film heroisiert die «tapferen Patrioten» der

P-26. Es ist nicht überraschend, dass die Aussagen ehemaliger P-26-Mitglieder, die in dem Dokumentarfilm vorgestellt werden, darauf abzielen, eine Organisation zu legitimieren, die «an sich eine potentielle Gefahr für die verfassungsmässige Ordnung» darstellte (Bericht PUK-EMD, S. 200)

Schliesslich sind diese Zeugnisse schlicht und einfach Standpunkte von Veteranen der Organisation. Der inakzeptable Inhalt des Dokumentarfilms ist darauf zurückzuführen, dass diese Zeugenaussagen, wie auch alle anderen vorgelegten Kommentare, insbesondere die der beiden eingeladenen Historiker, einseitig die Schlussfolgerungen des Berichts der PUK-EMD in Frage stellen. Es gibt keine Kommentare von PolitikerInnen oder HistorikerInnen, die die Schlussfolgerungen der PUK-EMD

unterstützen, welche immerhin den Bundesrat veranlasst haben, die P-26 aufzulösen, sobald er davon erfahren hat.

Die beiden Historiker, die im Dokumentarfilm zu Wort kommen, sprechen sich eindeutig für eine Überarbeitung des Berichts der PUK-EMD aus. Im Nachwort seines Buchs «P-26. Die Geheimarmee, die keine war» schreibt Martin Matter: «Die Einschätzung der P-26 als staatsgefährdende «Geheimarmee» bildet eines der grössten Fehleinschätzungen der jüngsten schweizerischen Geschichte.» Die Positionierung von Titus Meier lässt sich gut mit folgendem Auszug aus seiner Dissertation aufzeigen: «Männer und Frauen der Zivilbevölkerung – Hausfrauen, Akademiker, Handwerker – waren bereit, sich im Falle einer Beschäftigung am Widerstand zu beteiligen. Sie sahen sich nicht

als Militär, sondern als politischen Unterstützer der Regierung. Dies war jedoch 1990 unbekannt, als diese Präparate entdeckt wurden.»

Widerstand gegen die Rehabilitation!

Die im Dokumentarfilm erzählte Geschichte ist einseitig dargestellt und wiederholt einzig die Geschichte derer, die sich für eine Rehabilitation der P-26 einsetzen. Eine Gruppe von kritischen BürgerInnen hat nun entschieden, Beschwerde gegen diese Dokumentation des RTS einzureichen.

VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN

Putin-VersteherInnen, neue Rechte und die Friedensbewegung

Die Medien lügen, geheime Mächte ziehen die Fäden, die Nato ist an allem schuld und Russland gar nicht so schlimm. Warum wir ein Problem mit VerschwörungstheoretikerInnen haben. Von *Andreas Weibel*

Kurz vor der NoBillag-Abstimmung forderten in den sozialen Medien diverse Personen die GSoA auf, ein Ja zur Initiative zu empfehlen. Das Argument: Die Lügen-SRG verbreite kriegstreiberische Nato-Propaganda. Ein Ja zu NoBillag sei ein Ja zum Frieden. Wolle man der Kriegspropaganda entgegen, müsse man zu Medien wie KenFM oder Russia Today wechseln.

Über VerschwörungstheoretikerInnen wurde in den letzten Monaten viel geschrieben. Der Begriff ist unscharf. Aber gemeinsam ist den AnhängerInnen der Szene, dass sie glauben, eine schmale Elite steuere im Verborgenen das Weltgeschehen. Ihr Feindbild sind die «Lügenmedien». An allen Kriegen ist die Nato schuld, Russlands Militäraktionen hingegen verteidigen sie.

Unterwanderungsversuche

Auffällig ist, dass sich VerschwörungstheoretikerInnen oft als Teil einer «neuen Friedensbewegung» sehen. Teils ist das durchaus ernst gemeint, bisweilen jedoch ein gezielter Versuch der Neuen Rechten, die Friedensbewegung zu unterwandern. Nach der Krimkrise vor knapp vier Jahren fanden in Deutschland und vereinzelt in der Schweiz Veranstaltungen unter dem Titel «Montagsdemonstrationen» und «Friedensmahnwachen» statt. Organisiert wurden sie von RechtsextremistInnen, AntisemitInnen und VerschwörungstheoretikerInnen unterschiedlichster Couleur. Die Demos zielten ebenfalls gegen die traditionellen Medien, gegen die «Kriegsvorbereitungen der Nato» gegen Russland, aber auch gegen die US-amerikanische Hochfinanz. AfD- und NPD-AnhängerInnen führten im vergangenen Jahr eine Parallelveranstaltung zu den traditionell linken Protesten gegen die Münchner Nato-Konferenz durch. Unter dem Motto «Raus aus der Nato!» schwenkten sie Fahnen mit einer weisen Taube auf blauem Grund, dem Symbol der Friedensbewegung. Schreibt man über Verschwörungstheorien, kommt man nicht um den Schweizer Publizisten Daniele Ganser herum, einen Star der Szene. Er ist sicher kein Rechtsradikaler. Er lässt jedoch

Skrupel vermissen, mit wem er sich einlässt, wenn er sich beispielsweise von der VPM-nahen Zeitschrift «Zeit-Fragen» interviewen lässt. Ganser hat in der Vergangenheit aber durchaus interessante Arbeiten veröffentlicht, beispielsweise zu den Stay-Behind-Armeen der Nato während des Kalten Krieges.

Krudes Politikverständnis

Dem eigenen Anspruch als Wissenschaftler wird Ganser nicht gerecht. Zu oft sind seine Quellen halbseiden, zu offensichtlich ist sein missionarischer Eifer. Aber auch seine Kritiker schlagen teilweise über die Stränge: So hält Roger Schawinski in seinem neuen Buch Ganser vor, dass er den Westen und Russland an unterschiedlichen Standards messe, was die Legalität der Einsätze in Syrien angehe. Aber tatsächlich ist es nun einmal so, dass es für das Völkerrecht einen grossen Unterschied macht, dass die russischen Streitkräfte in Syrien mit der Einwilligung Assads agieren.

Auch wenn Ganser und andere VerschwörungstheoretikerInnen bisweilen durchaus relevante Themen ansprechen und auch wir die Nato scharf kritisieren, haben wir ein Problem mit ihnen – genauer gesagt: mit ihrem Politik-

verständnis. Wenn die Welt durch konspirative Eliten gesteuert wird, wo ist der Platz für Demokratie? Wenn die Medien nur Kriegspropaganda der Nato auf der Agenda haben, wie erklärt sich das Nein der Schweizer Stimmbewölkerung zum Kampfjet Gripen? Lassen wir unseren Geist nicht vernebeln: Schliesslich ist es für die politische Arbeit hiezulande egal, wer nun in Syrien Giftgas einsetzt oder ob jemand in den US-Geheimdiensten Vorwissen über die Anschläge am 11. September 2001 hatte. Relevant ist einzig, wie wir verhindern, dass Schweizer Waffen in Kriegsgebieten eingesetzt werden. Und aus Erfahrung wissen wir: Die Macht liegt nicht in den Händen einer obskuren Elite. Die relevanten Entscheide werden immer noch an der Urne gefällt. Es ist an uns, mit kluger Überzeugungsarbeit Mehrheiten zu schaffen. Beim Gripen ist uns das gelungen und auch in Zukunft wird uns das wieder gelingen.

RESOLUTION

Solidarität statt Soldaten

An der VV vom 15. April in Solothurn hat die GSoA einstimmig die Resolution «Stellen wir der Welt unser Friedens- statt das Kriegshandwerk zur Verfügung» gegen militärische Auslandseinsätze verabschiedet. Nachfolgend die Resolution im Wortlaut.

Die Vollversammlung der GSoA bekräftigt die Ablehnung militärischer Auslandseinsätze. Der Interventionismus, insbesondere der «Krieg gegen den Terror», hat den Terrorismus gefördert, die Aufrüstung gestärkt und die Repression verschärft. Statt auf Nato und Kriegsbeteiligung soll die Schweiz auf UNO und Friedenspolitik setzen.

Nachdem es nicht zuletzt dank der GSoA im September 2009 gelungen war, die Beteiligung der Schweizer Armee an der EU-Mission «Atalanta» vor der somalischen Küste zu vereiteln, schien das Thema «Militärische Auslandseinsätze» für lange Zeit erledigt zu sein. Im Hintergrund laufende Diskussionen und Bestrebungen, auf den faktischen Verzichtentscheid zurückzukommen, veranlassen uns, der Öffentlichkeit, insbesondere der Linken, unsere Ablehnung zu erklären und unseren Widerstand gegen die Militarisierung der Aussenpolitik anzukündigen.

Als vor gut 20 Jahren die Entsendung von Schweizer Truppen zu einem Politikum wurde, hat die GSoA darauf hingewiesen, dass dies im Rahmen der Nato-Strategie geschehe, das Militärische nach dem Ende des Kalten Krieges wieder aufzuwerten. Wir sagten voraus, dass der globale Neomilitarismus zu einer Steigerung der Rüstungsausgaben, zu einer Zunahme von Spannungen und Konflikten, zu einer Vernachlässigung der zivilen Friedensförderung

und zu einer Marginalisierung der UNO führe. Dabei wiesen wir darauf hin, dass die Szenarien sowohl der Nato-, als auch der EU-, als auch der Schweizer Militärs wesentlich die Sicherung von Rohstoffquellen und -routen und die Abwehr von Migrationsströmen beinhalteten. Der Schweizer Armee ging es auch darum, ihre Sinnkrise nach der Auflösung des Warschauer Paktes mit einer neuen Aufgabe zu lösen. Anstelle von militärischen Auslandseinsätzen, die in der Regel im Rahmen von Nato-Armeen durchgeführt werden, schlugen wir den Ausbau der zivilen Friedensförderung, insbesondere der Konflikt-Prävention und Aufarbeitung, der Guten Dienste und der Entwicklungszusammenarbeit vor. Wir engagierten uns in der Unterschriftensammlung und im Abstimmungskampf für den Beitritt zur UNO.

Die Militär-Interventionen der 90er-Jahre führten nach 9/11 zum «Krieg gegen den Terror», unter anderem zur Invasion in den Irak. Die Bilanz, zu der die Stärkung des Terrorismus, insbesondere das Entstehen des Islamischen Staates, gehört, ist derart verheerend, dass die Befürworter militärischer Auslandseinsätze in keinem Wort darauf eingehen. Wem es aber primär um Frieden und Sicherheit und nicht primär um die Stärkung der Armee oder der eigenen Position in der Militärpolitik geht, stellt sich der Katastrophe, welche die globale Militarisierung der letzten beiden Jahrzehnte provoziert hat.

Möglicherweise gibt es einen Zusammenhang zwischen der neuen Diskussion um militärische Auslandseinsätze und den Bemühungen um einen Sitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat. Wir stehen einem solchen offen gegenüber, aber die Schweiz soll sich diesen Platz mit Soli-

darität und nicht mit Soldaten erkämpfen. Ein militärisches Engagement kommt für uns nur im strikten Rahmen von friedenserhaltenden UNO-Missionen, in denen die UNO das Sagen hat und die sich verbindlich an die Menschenrechte halten, in Frage. Aus ähnlichen Gründen sind wir gegen die Beteiligung der Schweiz an den Militärplänen einer EU, die sich um UNO-Mandate ebenso fouiert wie die USA.

Die wirkungsvollste Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz ist das Verbot von Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten und von Waffenexporten. Grundsätzlich folgen wir der Maxime: Die Schweiz soll einer Welt, in der es zu viele Soldaten und Waffen hat, nicht das Kriegshandwerk, sondern das Friedenshandwerk zur Verfügung stellen.



Die Resolution wurde an der VV einstimmig verabschiedet. (Bild: GSoA)

Einmal auf Wiedersehen, zweimal herzlich Willkommen

In diesem Frühling gab es zwei Wechsel im Sekretariats-Team der GSoA: Im Sekretariat in Bern hört Eva Krattiger als Sekretärin auf und Nicolas Félix ersetzt sie. In Zürich stösst Anna Naeff neu zum Team. Von Lewin Lempert

Erst die Konsultation meines Mailprogramms konnte mir mit Sicherheit sagen, dass **Eva Krattiger** erst im Sommer 2016 bei der GSoA begonnen hat. So sehr gehörte sie während der gesamten Vorbereitungs- und Sammelphase der Kriegsgeschäfte-Initiative zum Sekretariats-Team, dass es kaum vorstellbar war, dass sie nicht schon immer da gewesen ist. Doch nun fast zwei Jahre nach Arbeitsbeginn verlässt uns Eva – jedenfalls auf dem Sekretariat – wieder. In diesen zwei Jahren wurde sie neben ihrem GSoA-Engagement als Berner Stadträtin der JA! gewählt. Bei uns hatte sie massgeblichen Anteil daran, dass wir es schafften, über 35 Organisationen im Bündnis gegen Kriegsgeschäfte zu vereinen. Auch war sie es, die den Brief

an den Bundesrat initiierte, in dem eine Vielzahl von NGOs zusammen mit der GSoA verlangten, die Kriegsmaterialverordnung nicht zu lockern. Kurz: Wir werden Eva und ihr tolles Engagement sehr vermissen und hoffen natürlich, dass sie der GSoA lange als Aktivistin erhalten bleibt.

Für Eva wird in Bern **Nicolas Félix** zum Team stossen. Er konnte dank seiner Teilnahme an diversen Arbeitsgruppen oder auch an der Koordination schon GSoA-Luft schnuppern. Nicolas ist sehr engagiert und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihm! In Zürich wird Anfang Juni **Anna Naeff** zum Team stossen. Sie ist die Nachfolgerin von Sebastian Büchler, der die GSoA Ende Januar verlassen hat. Anna ist Co-Präsidentin der AL Schaffhausen und bringt einen schon gut gefüllten Rucksack an Erfahrungen mit. Das Sekretariats-Team in Zürich freut sich sehr, bald wieder zu dritt im Büro zu sein und eine neue engagierte Kollegin begrüssen zu dürfen!



Anna Naeff



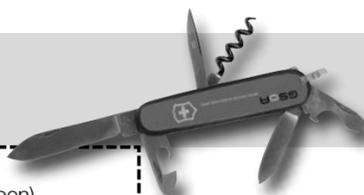
Nicolas Félix

GREGOR,
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...



Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ/Wohnort _____

Tel. _____

E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Stk.	Bezeichnung	für Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
<input type="checkbox"/>	Peace-Button			Fr. 1.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Stopp Kampffjets!»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Gregor»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
<input type="checkbox"/>	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
<input type="checkbox"/>	Kleber			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	A5-Unterschriftenkarten Kriegsgeschäfte-Initiative			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Kleber Kriegsgeschäfte-Initiative			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:				
<input type="checkbox"/>	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.-	
<input type="checkbox"/>	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
<input type="checkbox"/>	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	

Versandkostenanteil **Fr. 4.80**

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende Fr. _____ Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Sebastian Büchler (sb), Michael Christen (mc), Stefan Dietiker (sd), Adi Feller (af), Daniela Fischer (df), Mélanie Glayre (mg), Josef Lang (jl), Lewin Lempert (ll), Nora Komposch (nk), Eva Krattiger (ek), Magdalena Küng (mk), Youniss Mussa (ym), Oger (og), Martin Parpan (mp), Julien Repond (jr), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Muriel Waeger (mw), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich
Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.